

Oliver Eberl, Dirk Jörke und David Salomon

Die Krise der Demokratie und der »Blick nach unten«¹

Wohl über kaum etwas dürfte die Einigkeit in der wissenschaftlichen *Community* im Moment so groß sein wie über die Diagnose einer Krise der Demokratie.² Doch über die Gründe für diese Krise gehen die Ansichten denkbar weit auseinander. So werden die Schwäche demokratischer Institutionen ebenso wie Schwächen demokratischer Überzeugungen für die Krise verantwortlich gemacht, wobei letztere bei Eliten wie bei (Teilen) der Wählerschaft ausfindig gemacht werden. Den unterschiedlichen Ursachenbestimmungen entsprechen auch divergierende Krisendiagnosen: Einige beobachten eine Erosion demokratischer Substanz aus den etablierten politischen Institutionen und gesellschaftlichen Machtzentren selbst heraus,³ anderen zufolge droht der Demokratie Gefahr durch den Aufstieg demokratifeindlicher Außenseiter und/oder einen Angriff auf politisch-kulturelle Errungenschaften.⁴

Wie in scharfsinnigen Diagnosen festgestellt wird, haben sich die Auseinandersetzungen, die der Aufstieg des Populismus mit sich brachte, von Konflikten innerhalb der Demokratie in Konflikte über die Demokratie gewandelt.⁵ In diesen Demokratiekonflikten tritt, so unsere These, wieder verstärkt ein abwertender »Blick nach unten« in Erscheinung, der bereits die Entstehungsgeschichte der liberalen Demokratie im 19. Jahrhundert geprägt hat.

Damals ging es zugleich um die Abwehr sozialistischer Bestrebungen, ohne dass Forderungen der unteren Klassen nach materiellen Verbesserungen und einer Ausweitung politischer Beteiligungsrechte in Gänze als illegiti-

1 Der Aufsatz entstand im Rahmen eines von der Gerda Henkel Stiftung geförderten Forschungsprojekts »Der Blick nach unten. Soziale Konflikte in der Ideengeschichte der Demokratie« (2020–2023). Wir danken für die anonyme Begutachtung.

2 Für viele vgl. Przeworski 2020; Schäfer, Zürn 2021. Selbst ein Kritiker einer ausufernden Krisensemantik wie Wolfgang Merkel spricht inzwischen von einer »neue[n] Zerbrechlichkeit der deutschen liberalen und rechtsstaatlichen Demokratie« (Merkel et al. 2020, S. 405).

3 Vgl. Crouch 2008.

4 Vgl. Levitsky, Ziblatt 2018; Norris, Inglehart 2019.

5 Manow 2020, S. 171.

tim verunglimpt werden konnten. Abwertung und Abwehr wurden deshalb zum einen sozialpolitisch »ergänzt«. Zum anderen wurden unvermeidbare politische Zugeständnisse im Wahlrecht mit institutionellen Vorkehrungen flankiert, die den Einfluss der unteren Klassen gering halten sollten. Weit verbreitet war in diesem Kontext das legitimatorische Narrativ einer »Erziehungsbedürftigkeit« der ungebildeten und unberechenbaren Massen. Im Umgang mit dem Proletariat wurden dabei ähnliche Ideologeme bemüht wie im Umgang mit Frauen oder auch den autochthonen Bevölkerungen der Kolonien: Liberale Vordenker wie Alexis de Tocqueville und John Stuart Mill sprachen ihnen schlicht die »zivilisatorische« und intellektuelle Reife ab, sich im vollen demokratischen Sinn selbst zu regieren.

Bedeutsam für den aktualisierten »Blick nach unten« ist, dass er sich bei progressiven Kritikerinnen und Kritikern der bestehenden parlamentarischen Demokratie ebenso findet wie bei ihren rechten Verächtern und liberalen Verteidigerinnen. So unterschiedlich sie auch sonst sind, treffen sich all diese Positionen darin, dass sie den Widerspruch zwischen einer demokratischen Rhetorik der Gleichheit und der realen Absicherung bürgerlicher Privilegien verdrängen, der seit der Erosion des fordristischen Klassenkompromisses in den westlichen Demokratien wieder virulent geworden ist. Diese Rückkehr des »Blicks nach unten« erinnert an politische und ideologische Konstellationen im 19. Jahrhundert, in denen liberale Positionen oftmals mit einer dezidiert elitären Perspektive einhergingen.

Wir gehen in drei Schritten vor: Zunächst werden wir an den liberalen Abwertungsdiskurs bei Alexis de Tocqueville und John Stuart Mill erinnern. Im Anschluss daran diskutieren wir die Wiederauferstehung der Figur des »Pöbels« in der aktuellen Demokratiedebatte. Abschließend zeigen wir, dass die Wiederkehr des »Blicks nach unten« der Erschöpfung eines Kompromisses zwischen liberaler und sozialer Demokratie geschuldet ist, wie er die Nachkriegszeit geprägt hat.

1. Die Zähmung des »Pöbels« im 19. Jahrhundert

Im Jahr 1833 bereiste Alexis de Tocqueville England. Er hatte dabei Gelegenheit, einer Wahlversammlung – damals wurde noch öffentlich und über mehrere Tage abgestimmt – beizuwohnen. Seine Eindrücke hat er in einem Reisetagebuch festgehalten. Auffällig ist der durchweg negative Tonfall; er entwirft das Bild einer chaotischen Versammlung, die von Geschrei und Tumulten beherrscht wird. Tocqueville spricht von einer »Wahlfarce« und

einem »gemeinen Volk«, das das Geschehen bestimme. So schreibt er: »Der Saal war voll mit neugierigen Menschen, die meisten von ihnen eindeutig aus den untersten Schichten.« Kurz danach heißt es, dass es sich um »ein sehr turbulentes und ziemlich ekelhaftes Spektakel« gehandelt habe. Dies ergibt sich für Tocqueville aufgrund der sozialen Zusammensetzung der versammelten Menge, die er als minderwertig charakterisiert: »Ihre Gesichter waren von den Zeichen der Erniedrigung geprägt, die man nur bei den Menschen in den Großstädten findet.«⁶ In Zitaten wie diesen kommt deutlich jener »Blick nach unten« zum Ausdruck, der die intellektuelle Auseinandersetzung mit dem aufkommenden Einfluss der unteren Klassen auf die Demokratie im 19. Jahrhundert bestimmt.

Bekanntlich forderte Tocqueville angesichts des heraufziehenden Zeitalters der Gleichheit die Entwicklung einer »neuen politischen Wissenschaft«.⁷ Diese solle die »Demokratie belehren«, denn bislang sei jene »einem wilden Wachstum überlassen worden; sie ist groß geworden wie jene vaterlosen Kinder, die in den Straßen unserer Städte ohne Erziehung aufwachsen und die Gesellschaft nur aus ihren Lastern und aus ihrem Elend kennen«.⁸ Die Demokratie, und das heißt in erster Linie jene Masse von Menschen, die zuvor höchstens in sporadischen Revolten politisch in Erscheinung getreten ist, nun aber die Geschicke der Gesellschaft zumindest in Teilen mitbestimme, bedürfe der Erziehung. Handelt es sich doch bei dieser Masse um Menschen, denen nicht zu trauen sei, die Männer ihresgleichen wählten – »Dorfanwälte, Kaufleute oder sogar Männer aus den untersten Klassen«, die »nicht immer fehlerlos schreiben«.⁹ Daher bedürfe die Demokratie auch der Ergänzung durch einen Senat, eine »erlesene Versammlung«, die den Volkswillen zu einer »edlere[n] und schönere[n] Gestalt« forme.¹⁰

Doch bleibt Tocqueville nicht in der Affirmation des berühmten Systems der »checks and balances« stehen, sondern entfaltet in seinem Buch *Über die Demokratie in Amerika* ein ganzes Arsenal an Instrumenten, die sowohl der Begrenzung des Volkswillens als auch der Erziehung der Massen zu guten Bürgerinnen und Bürgern dienen sollen. Versagen diese Instrumente, dann droht nicht nur die mit der Demokratie zwangsläufig einhergehende Gefahr einer »Tyrannei der Mehrheit«, die »in Amerika das Denken mit

⁶ Tocqueville 1958, S. 44; Übersetzung der Zitate von Dirk Jörke.

⁷ Tocqueville 1976, S. 9.

⁸ Ebd., S. 9–10.

⁹ Ebd., S. 230.

¹⁰ Ebd., S. 231.

einem erschreckenden Ring«¹¹ umspannt, sondern eben auch die Herrschaft der Leidenschaften und der Mittelmäßigkeit, am Ende also ein Ersticken bürgerlicher Freiheiten in einem paternalistischen Despotismus.

Nicht zuletzt die Lektüre von Tocquevilles Amerikabuch führte bei John Stuart Mill zu einem Wandel seiner Überzeugungen. Unterstützte Mill zuvor noch die demokratischen, aber auch sozialreformistischen Forderungen der »philosophical radicals«,¹² so sah er die von den Chartisten eingeforderten Wahlrechtsausweiterungen nun deutlich kritischer. In seiner Autobiografie schreibt Mill:

»Kurz, ich war ein Demokrat und nicht zum Geringsten ein Sozialist. Jetzt waren wir [gemeint sind Mill und seine spätere Frau, Harriet Taylor; O.E., D.J. und D.S.] viel weniger Demokraten, als ich vorher gewesen war, weil wir, solange die Erziehung fortfährt, so kläglich unvollkommen zu sein, die Unwissenheit, namentlich aber die Selbstsucht und Brutalität der Massen fürchten.«¹³

Eine Seite später verschärft sich der Tonfall, und Mill schreibt von einer »unkultivierten Herde, welche die arbeitenden Massen in sich schließt«. Diese bedürfe ebenso wie die »Mehrheit der Arbeitgeber« einer »entsprechenden Charakterumwandlung«, um nicht länger lediglich ihre »selbstsüchtige[n] Interessen« zu verfolgen, sondern »für edle oder jedenfalls für öffentliche und soziale Zwecke zu arbeiten«. Allerdings sei hierfür ein langer Atem erforderlich, die entsprechende Zivilisationsstufe »erst durch langsame Abstufungen und ein System von über Generationen hindurch fortgeföhrter Kultur«¹⁴ erreichbar. Bis das noch nicht erreicht sei, müsse die Demokratie vor den »Massen« geschützt werden.

11 Ebd., S. 294.

12 Die Ideen der »philosophical radicals« gehen auf Mills Vater, James Mill, und vor allem Jeremy Bentham zurück. Insbesondere forderten sie vor dem Hintergrund einer utilitaristischen Moralphilosophie eine Abschaffung aristokratischer Privilegien nicht zuletzt mit Blick auf das Erbschaftsrecht und die institutionelle Repräsentation aristokratischer Interessen im Rahmen der gemischten Verfassung sowie eine Wahlrechtsausweitung, die allerdings noch Eigentumsqualifikationen beinhaltet.

13 Mill 2013 a, S. 175. Mill hat sich insbesondere in seinen posthum veröffentlichten »Chapters on Socialism« für »sozialistische« Experimente wie Genossenschaften und für eine Landverteilung von Gemeindeland an die Arbeiter ausgesprochen. Dies sowie Forderungen nach einer progressiven Erbschaftssteuer hat in der jüngeren Rezeption dazu geführt, Mill als einen »scharfen Kritiker« des Privateigentums sowie als »Verfechter eines marktwirtschaftlichen Sozialismus« (Buchstein, Seubert 2016, S. 150 f; vgl. McCabe 2021) zu betrachten. Das ist zutreffend, allerdings verbleiben Mills »sozialistische« Überlegungen im Rahmen des bürgerlichen Besitzindividualismus. Den Konkurrenzmechanismus möchte er nicht abgeschafft sehen, und auch seine Kritik des Eigentumsrechts richtet sich vornehmlich gegen den damaligen Adel und dessen Landbesitz.

14 Mill 2013 a, S. 176.

In seinen *Betrachtungen über die Repräsentativregierung*¹⁵ hat Mill hierzu vielfältige Vorschläge unterbreitet. Dazu zählen neben der Begrenzung des Wahlrechts auf jene, die zumindest eine rudimentäre Bildung besitzen und von ihrer Arbeit leben können, die Einführung eines Pluralstimmrechts gemäß dem Bildungsgrad sowie die Forderung nach einer öffentlichen Stimmabgabe, um die Wählenden einem Rechtfertigungsdruck auszusetzen. Hinzu kommen die Begrenzung der Parlamentskompetenzen auf eine Diskussions- und Akklamationsarena – die eigentliche Gesetzgebung solle einem Expertengremium vorbehalten bleiben – sowie Überlegungen zur Einführung einer zweiten Kammer in Analogie zum römischen Senat.

Wie Tocqueville sieht auch Mill in der lokalen Selbstverwaltung eine Möglichkeit der Erziehung zur Demokratie. Das heißt, Beteiligungsrechte werden dort gewährt, wo die noch nicht hinreichend kultivierte »Herde« keinen größeren Schaden anrichten kann, die politische Macht soll demgegenüber in den Händen einer intellektuellen Elite konzentriert werden:

»Ein Fortschritt in Richtung auf eine qualifizierte Demokratie [*skilled democracy*] ist überhaupt nur dann denkbar, wenn der Volkssoverein bereit ist, die Arbeit, die spezifische Fähigkeiten voraussetzt, denen zu überlassen, die sie besitzen. Das Volk selbst ist genug damit beschäftigt, ein für seine eigentliche Aufgabe der Oberaufsicht und Kontrolle ausreichendes Maß geistiger Befähigung zu erwerben.«¹⁶

2. Die Krise der Demokratie und die erneute Abwehr des »Pöbels«

Mit diesem Narrativ einer noch unzureichenden Bildung und Erziehung der unteren Klassen wurde es möglich, der zunächst recht paradox anmutenden Behauptung, der Ausschluss der Massen diene in der Gesamttennung der Etablierung von Demokratie, scheinbare Plausibilität zu verleihen: »Damit das Volk regieren kann, muss die Menge ausgeschlossen werden.«¹⁷ Als institutionelle Lösung für dieses Problem der Nichtidentität von Volk und Menge oder Masse galt bald ein Modell von repräsentativer Demokratie, das es möglich machte, auch jenseits der schließlich nicht mehr aufzuhalgenden Aufhebung von formalen und begrifflichen Ausschlüssen *faktische Exklusion* zu organisieren. Im Kern ging es *nicht* darum, alle gesellschaftli-

15 Mill 2013 b.

16 Ebd., S. 101; mit unserer Kritik an Mills und auch Tocquevilles Gedanken zur Begrenzung politischer Teilhabe der unteren Klassen auf die lokale Ebene wollen wir – um Missverständnissen vorzubeugen – natürlich nicht die Notwendigkeit politischer Bildung infrage stellen.

17 Manow 2020, S. 45.

chen Interessen im politischen Raum zu spiegeln, sondern zu behaupten, der ausgeschlossene Pöbel werde durch andere (bessere) Akteure mitrepräsentiert: »*Repression by representation*«.¹⁸

Zutreffend deutet Philip Manow den aus der aktuellen Funktionskrise resultierenden neuen Diskurs über »die Masse, die wenig Wert auf demokratische Regeln, Verfahrens rationalität und zivilisierten Austausch legt«,¹⁹ als Wiederkehr von Deutungsmustern aus dem 19. Jahrhundert. Abermals wird »der Pöbel« als Objekt der Verhaltensregulierung und Disziplinierung betrachtet.²⁰ Auch Roman Widder sieht im Pöbeldiskurs »eine Missachtungsformel, die in Situationen des politischen Konflikts und der ökonomischen Konkurrenz eingesetzt wurde« und nun wiederkehrt.²¹

Unter den wenigen, die eine Wiederherstellung traditioneller Ausschlussmechanismen fordern, erregte insbesondere Jason Brennan größere Aufmerksamkeit. Offen schreibt Brennan in *Gegen Demokratie* von einer Herrschaft der »Unvernünftigen«.²² Dabei distanziert er sich von Mills Hoffnung, dass die politische Teilhabe die Menschen klüger mache: »Die heutigen Formen der politischen Partizipation sind nicht nur ungeeignet, uns zu erziehen oder edler zu machen, sondern tragen im Gegenteil dazu bei, uns zum Narren zu halten und zu korrumpern.«²³ Eher sei es, wie Joseph Schumpeter beschrieben hat, dass der »typische Bürger« auf eine »tieferen Stufe gedanklicher Leistung« falle und wieder »zum Primitiven« werde.²⁴ Tatsächlich ist genau diese Idee eines »Rückfalls in Barbarei«, die sich schon bei Tocqueville findet²⁵ und den Diskurs über die Armen im 19. und 20. Jahrhundert maßgeblich bestimmte, der Kern von Brennans Argumentation. Dabei radikaliert Brennan Mills Skepsis gegenüber demokratischer Beteiligung der unteren Klassen, wenn er schreibt: »Ich behaupte, dass politische Partizipation für einen Großteil von uns überwiegend schädlich ist.«²⁶ Für Brennan ist jede Form der Massenbeteiligung daher abzulehnen.

18 Ebd., S. 50.

19 Ebd., S. 53.

20 Ebd., S. 48–49.

21 Widder 2020, S. 7.

22 Vgl. Brennan 2018.

23 Ebd., S. 15.

24 Zitiert nach ebd.

25 Eberl 2021, S. 417.

26 Brennan 2018, S. 22.

Die Schlussfolgerung kann nur sein, Partizipation überhaupt zu beschränken.

Brennan mag aufgrund seiner offenen Ablehnung der Demokratie eine extreme Stimme in der Debatte sein. Ein Solitär ist er nicht. In der deutschsprachigen Diskussion etwa vertritt der Ökonom (und CEO der Degussa Goldhandel GmbH) Markus Krall ganz ähnliche Positionen. Wo freilich der Professor (Brennan) eine »Epistokratie« fordert und den Elitenbegriff demgemäß an den Bildungsbegriff koppelt, spricht aus den Büchern des CEO (Krall) die selbstbewusste Machtorientierung einer sich als Leistungselite verstehenden Klasse von Managerinnen und Managern; beziehungsweise einer Klassenfraktion, die neoliberal mit nationalistisch-christlichen Orientierungen verbindet.

Einig sind sich beide jedoch in ihrer Verachtung eines politischen Systems, in dem »nicht die intellektuelle Elite [...] sich an den Schalthebeln der politischen Macht wiederfindet«, sondern Schul- und Studienabbrecher die politischen Ämter besetzen und nach Mandaten streben um der Diäten und sonstiger staatlicher Alimentierung willen.²⁷ Eine Befürchtung, die schon Mill gegen die Einführung von Diäten wettern ließ: Diäten würden »Abenteurer übelster Sorte«²⁸ anlocken. Ganz analog Krall: »Die Herrschaft des Mittelmaßes führt so unweigerlich zur Herrschaft der Minderbemittelten.«²⁹ Unverkennbar in der Tradition Tocquevilles ist für Krall das »Grundproblem, vor dem wir stehen, [...] der siamesische Zwilling aus politischer Korruption und der ›Tyrannei der Mehrheit‹«.³⁰ Wie bei Brennan erscheint auch bei Krall die Masse (der »sozial Schwachen«) als unaufhebbare Gefahr einer ungebändigten Demokratie. Die auf »Stimmenkauf angelegte politische Klasse« führt im Zusammenspiel mit dieser Masse zu einer »politischen Schule der Beraubung« einer reichen Minderheit.³¹

Die Lösung sieht Krall darin, das Wahlrecht so zurückzuschrauben, dass es den Nexus von ökonomischer Stellung und Stimmengewichtung wieder zur Geltung bringt: »Jeder Wähler sollte wählen dürfen zwischen der Ausübung seines Wahlrechts und dem Recht auf Empfang staatlicher Transfers.«³² Dies gelte für Sozialtransfers ebenso wie für Subventionen an Unter-

27 Krall 2020, S. 223.

28 Mill 2013 b, S. 183.

29 Krall 2020, S. 224.

30 Ebd., S. 231.

31 Ebd.

32 Ebd., S. 233.

nehmerinnen und Unternehmer. Davon, dass nur jene wählen dürfen, die keine Sozialtransfers beziehen, zeigte sich freilich auch Mill schon überzeugt: »Wer sich durch seiner Hände Arbeit sein Brot nicht selbst verdienen kann, hat keinen Anspruch auf das Recht, sich zu dem Geld anderer zu verhelfen.«³³

Autoren wie Brennan und Krall argumentieren offen elitär: Eine (kleine) Gruppe von »Leistungsträgern« wird von der großen Masse der Mittelmäßigen, Unselbstständigen (Krall) und Unvernünftigen (Brennan) daran gehindert, die Regierungsgeschäfte adäquat zu betreiben. Förmliche Ausschließungen der »Bildungsfernen« und vom »Staatstropf« Ernährten liegen in der Konsequenz dieser Diagnose.

Weniger von einem derart elitistischen als vielmehr *avantgardistischen* Selbstbild³⁴ sind hingegen jene Autorinnen und Autoren geprägt, die im Aufkommen des »Populismus« zuallererst einen Aufstand der – nicht so sehr sozial als vielmehr *kulturell* – Abgehängten ausmachen. Gegen Ende der 1970er Jahre formulierte Ronald Inglehart seine weitrezipierte These von einer »Silent Revolution« im Gefolge der Revolten der 1960er Jahre. In groben Strichen skizziert, geht Inglehart von einem Siegeszug »postmaterialller Werte« aus, der den alten Konflikt von Kapital und Arbeit (weitgehend) hinter sich lasse und eine nicht durch eigene materielle Interessen überformte Politik fordere, die die großen Menschheitsfragen (zuvörderst das Problemfeld der Ökologie) unmittelbar umfasse. Die neue Kluft zwischen avantgardistischem »Postmaterialismus« und traditionalistischem »Materialismus« (einschließlich seiner veralteten Wachstumslogik) verlaufe quer zu den alten Konfliktlinien und vereinige auf der Seite des überkommenen Alten die alte Industriearbeiterklasse mit ihren nunmehr wenig innovativen Arbeitgebern. Die Modernisierer von einst sähen sich unvermittelt in der Rolle von Modernisierungsverlierern, wenn nicht gar von Bremsklötzen des weiteren Fortschritts.³⁵ Als Träger der neuen avantgardistischen Kultur macht Inglehart insbesondere Angehörige der Mittelschicht aus. Es wirkt wie ein Nachhall der Theorie Mills, wenn er schreibt: »Die Entstehung einer soliden Mittelschicht und die Ausbreitung partizipatorischer Fähigkeiten bewirken, daß die Eliten demokratische Verfahrensweisen entwickeln.«³⁶ Die These vom »Ende des Klassenkampfs« und der »Herausbildung neuer

33 Mill 2013 b, S. 144.

34 Blühdorn 2020, S. 302.

35 Vgl. Inglehart 1977.

36 Inglehart 1989, S. 35.

politischer Konflikte«³⁷ hat im Aufstieg »postmaterialistisch« gestimmter Mittelschichten ihre soziale Basis.

Es liegt in der Konsequenz der Inglehart'schen Argumentation, diejenigen, die nicht bereit sind, ihren »Materialismus« aufzugeben, als kulturell rückständig zu etikettieren. In neueren Untersuchungen Ingleharts und Pippa Norris' werden sie als zentrale Akteure jenes »Cultural Backlashes« ausgemacht, als den sie nicht nur Trump und andere Spielarten eines »autoritären Populismus«, sondern auch die Brexiteers interpretieren.³⁸ So heben Inglehart und Norris hervor, dass Lipset schon 1959 der Arbeiterklasse eine »weniger progressive« Haltung als den Mittelklassen attestiert habe, wo es sich um nichtökonomische Felder wie Respekt vor individueller Freiheit, Gleichheit für ethnische Minderheiten, internationalistische Außenpolitik und liberale Einwanderungsgesetze gehandelt habe.³⁹ Es müsse also nicht überraschen, wenn »blue-collar workers« heute für autoritäre Parteien stimmten und deren Werte teilten.⁴⁰ Auch in diesem Bild einer zurückgebliebenen (Industrie-)Arbeiterklasse, die quasi von Natur aus zum Autoritarismus neige, wird das von Mill und Tocqueville überkommene Motiv einer (noch) unzivilisierten und erziehungsbedürftigen, kulturell wie sittlich minderbemittelten Schicht oder Klasse wiederaufgenommen, die für demokratische Prozesse eine grundsätzliche Gefahr bildeten.

Wo Brennan und Krall Ausschlüsse fordern und selbstbewusst eine Position beziehen, aus der sie von oben nach unten blicken können, geht Ingleharts These vom »Ende der Klassenkämpfe« und vom Aufkommen neuer »postmaterialistischer Orientierungen« davon aus, dass qualifizierte und partizipationsorientierte Mittelschichten als Treiber einer weitgehenden *kulturellen* Inklusion wirken. Wer an alten »materialistischen Werten« klebt, schließt sich demnach selber aus. Die Abwehr der sozialen Frage in ihrer klassischen Form und die Abwertung der »blue-collar-workers« fallen hier in eins.

Stephan Lessenichs Reflexion über die »Grenzen der Demokratie«⁴¹ steht zunächst in Kontrast zu beiden Perspektiven, wenn er – mit der berühmten Formulierung aus dem *Kommunistischen Manifest* spielend – schreibt: »Die Geschichte aller bisherigen Demokratie ist [...] eine Geschichte politischer

37 Ebd., S. 15.

38 Vgl. Norris, Inglehart 2019.

39 Ebd., S. 113.

40 Ebd., S. 279.

41 Vgl. Lessenich 2019.

Kämpfe – und im Kern eine Geschichte der Klassenkämpfe.«⁴² Lessenich stellt die Dimension sozialer Ungleichheiten ins Zentrum seiner Analyse: »Die Geschichte der Demokratisierung ist eine Geschichte von *Teilhabe durch Ausschluss*. Und zwar bis auf den heutigen Tag.«⁴³ Auch wenn Lessenichs Formulierung Manows oben zitierter Überlegung einer »*Repression by representation*« ähnelt, meint er etwas anderes. Bei Lessenich besteht keine Personalunion zwischen denen, die (durch Repräsentation) »mitgemeint«, von wirklicher Beteiligung aber ausgeschlossen sind: Vielmehr seien »die Freiheiten der einen regelmäßig die Zwänge der anderen«, die »Berechtigung der einen« beruhe »auf der Entrechtung anderer«.⁴⁴ Im Gegensatz zu Brennan, Krall und Inglehart, aber auch zu Positionen, die den Fortschritt in der Geschichte der Demokratie auf Elitenhandeln von oben, nicht auf Kämpfe von unten zurückführen,⁴⁵ geht es Lessenich um die »Hinterbliebenen des demokratischen Fortschritts«,⁴⁶ die »armen Verwandten der reichen demokratischen Gesellschaften des Westens«.⁴⁷

All dies klingt nicht danach, als würde sich auch in dieser Rekonstruktion einer Krise der gegenwärtigen Demokratie ein sozial abschätziger »Blick nach unten« finden lassen. Und tatsächlich arbeitet Lessenich zunächst unterschiedliche Ebenen der Ausgrenzung und Felder sozialer Auseinandersetzungen und Konflikte heraus. Dabei leuchtet es durchaus ein, neben »vertikalen« Klassenauseinandersetzungen⁴⁸ auch »horizontale« Konkurrenzbeziehungen⁴⁹ sowie »transversale« Verhältnisse zwischen Innen und Außen beziehungsweise Personen mit unterschiedlichem staatsbürgerlichen Status⁵⁰ zu beachten und dem sogenannten »externalen« »Konflikt um die gesellschaftlichen Naturverhältnisse«⁵¹ ebenfalls eine bedeutende Rolle zuzuschreiben. Insbesondere im Kontext der beiden letztgenannten Konfliktdimensionen verschiebt Lessenich jedoch seine Perspektive auf folgenreiche Weise.

42 Ebd., S. 20.

43 Ebd., S. 17.

44 Ebd.

45 Vgl. Richter 2020; Daniel 2020.

46 Lessenich 2019, S. 16.

47 Ebd., S. 17.

48 Ebd., S. 37 und 39–48.

49 Ebd., S. 37 und 49–59.

50 Ebd., S. 37 und 60–69.

51 Ebd., S. 37 und 70–80.

So betont er, es sei »durchaus nicht abwegig, von *weltgesellschaftlichen Klassenverhältnissen* zu reden, bei denen ›die da unten‹ und ›die da oben‹ nationsweise gegeneinander antreten«.⁵² Anders als etwa Ulrich Beck, der die Globalisierung – wie plausibel oder unplausibel dies auch gewesen sein mag – als einen Prozess der Denationalisierung deutete,⁵³ fällt Lessenich in eine nicht unbedenkliche *nationale* Argumentationsweise zurück, wenn er fortfährt: »Die Staatsbürger*innen der armen gegen die der reichen Nationen, die Gesamtbevölkerungen Mozambiks, Tansanias, Malis oder Ugandas als ›citizenship underclass‹ etwa gegen die Gesamtgesellschaft Dänemarks, die als Ganze – vom Kopf bis zum Fuß ihrer Einkommensverteilung – zur Weltoberklasse zählt.«⁵⁴

Hinzu kommt: Trotz scharfer Betonung der sozialen Frage und der fortwährenden Virulenz des Klassenbegriffs zeichnet Lessenich dabei auf einer mikropolitischen Lebensstilebene ganz ähnliche Karikaturen wie Inglehart: »Die tägliche Plastiktüte, die exotische Frucht zwischendurch, das winterliche Vergnügen unterm Heizpilz, die Flugdienstreise München – Düsseldorf, morgens hin und abends zurück, der Kurzurlaubstrip in die Karibik, alles für den Kick im Augenblick: Heute ein König, morgen wieder in Reih und Glied.«⁵⁵ Diese Aufzählung kennt keine Klassen oder Parteien mehr, und Lessenich bleibt die Antwort auf die naheliegende Frage schuldig, wem die Plastiktüte einen Kick gibt oder das Gefühl, für kurze Zeit König zu sein, vermittelt. Dabei hebt er immer wieder explizit hervor, dass es nicht allein um die oberen 1,5 oder zehn Prozent gehe, sondern um die Staatsangehörigen (oder doch die Bevölkerungen?) der insgesamt als reich zu apostrophierenden Nationalstaaten des globalen Nordens: »Alles zu haben und noch mehr zu wollen ist kein Einstellungsprivileg derer ›da oben‹. Den eigenen Wohlstand zu wahren, indem man ihn anderen vorenthält, ist das unausgesprochene und uneingestandene Lebensmotto der ›fortgeschrittenen‹ Gesellschaften im globalen Norden.«⁵⁶

Wie schon Norris und Inglehart beschreibt auch Lessenich den »blue-collar-worker« kopfschüttelnd undverständnislos als einen Typus der Vergangenheit. Wer sich etwa in den 1950er Jahren an seinem neu gewonnenen Wohlstand in Form eines Autos erfreute, erscheint als Beispiel für eine

⁵² Ebd., S. 67.

⁵³ Beck 2007, S. 34.

⁵⁴ Lessenich 2019, S. 67–68.

⁵⁵ Ebd., S. 77.

⁵⁶ Lessenich 2018, S. 19.

verfehlte »männliche Lebensführung«,⁵⁷ die mit einer gewissen Schuld der Unaufmerksamkeit oder offenen Ignoranz gegenüber den emanzipatorischen Ansprüchen von Frauen und (rückblickend) auch der Natur einhergeht.

Lessenichs »Gegenerzählung« zum vermeintlichen Mainstream einer Postdemokratiediagnose, die den Höhepunkt der Demokratie im Westen gleichsetzt mit dem Peak des Sozialstaats und beide seit den Krisen der 1970er Jahre retardieren sieht,⁵⁸ findet so Anschluss an jenen anderen Mainstream, der mit Norris und Inglehart den »Cultural Backlash« der Zurückgebliebenen beklagt:

»Im Kern stecken hinter den rechtspopulistischen Bewegungen unterschiedlichster Couleur *soziale Deklassierungserfahrungen*, die nicht nur ökonomischer Natur sind oder sein müssen [...]. Vielmehr kann es dabei auch um angestammte, als verdient und angemessen wahrgenommene Vorrechte gehen, die man nun gefährdet oder gar widerrufen sieht, Vorrechte der Männer gegenüber den Frauen, der Einheimischen gegenüber den Zugewanderten, der Weißen gegenüber den Nicht-Weißen, der ›entwickelten‹ gegenüber den ›aufstrebenden‹ Nationen, und ja, des Menschen gegenüber der Natur, des Automobils gegenüber der Umwelt, individueller Freiheiten gegenüber kollektiven Zwängen, von Lust und Laune gegenüber Vernunft und Verzicht.«⁵⁹

Dieses Potpourri von unterschiedlichen Problemlagen und Themenfeldern unter den einen Begriff der Deklassierungserfahrung zu subsumieren ist wenig überzeugend. Denn so berechtigt die artikulierte Konsumkritik ist, besteht das zentrale Problem darin, dass konkrete soziale und historische Kontexte kaum thematisiert werden. In der Folge wird identifiziert, was es zu differenzieren gilt. Die Komplizenschaft des »industriellen, männlichen, weißen, automobilisierten Wachstumssubjekts«, wie es bei Lessenich heißt,⁶⁰ mit gesellschaftlicher Regression, Rechtspopulismus und globalistischer Ausbeutung erscheint in diesem Konzept *a priori* gesetzt. Die traditionelle Industriearbeiterklasse wird als Teil des regressiven Wachstumssubjekts, ja sogar einer imaginierten »Weltoberkasse« denunziert, und ihre realen Deklassierungserfahrungen werden nivelliert und invisibilisiert. Auf diese Weise artikuliert sich der »Blick nach unten« auch in einer progressiven Gegenwartsdiagnose.

Problematisch ist diese »Gegenerzählung« zum Narrativ einer Parallelentwicklung von Sozialstaatlichkeit und Demokratie – wie sie die Postdemo-

57 Lessenich 2019, S. 54.

58 Ebd., S. 16.

59 Ebd., S. 93.

60 Ebd., S. 94.

kratiediagnose betont – schließlich auch deshalb, weil sie klassenbasierte Konzeptionen des Internationalismus preisgibt und hierdurch rechtspopulistische »Gegenerzählungen« in spiegelbildlicher Form eher stärkt als schwächt. Lessenich betont das Spaltende, ohne das Gemeinsame in den Interdependenzen eines globalen Ausbeutungssystems zu suchen, das zum materiellen Ausgangspunkt sozialer Kämpfe um eine andere Weltwirtschaftsordnung werden könnte. Sein mit »Solidarität!« überschriebenes Schlusskapitel verliert sich deshalb in appellatorischen Selbstbeschwörungsformeln.

3. Der »Blick nach unten« in der Postdemokratie

Die oben skizzierten neuen Diskurse über einen demokratiegefährdenden »Pöbel« erinnern – wie wir gezeigt haben – an liberale Vordenker des 19. Jahrhunderts, die der Ausweitung des Wahlrechts mit institutionellen Sicherungen sowie umfassenden Erziehungsprogrammen gegen eine vermeintliche »Mehrheitstyrannie« zu begegnen trachteten und dies durch einen abwertenden »Blick nach unten« legitimierten. Auch heute wird in durchaus einflussreichen Debattenbeiträgen der Selbstausschluss durch Wahlverweigerung begrüßt (Brennan) oder gar wieder offen das Wahlrecht für Transferempfänger bestritten (Krall). Dass gerade Krall, der auch ins AfD-Milieu hineinwirkt, ein Beispiel für das Zusammenspiel von geradezu extremistischem Wirtschaftsliberalismus und Nationalkonservatismus ist, zeigt, wie verengt ein Diskurs ist, der den »Rechtspopulismus« in erster Linie als Problem des »Pöbels« von unten interpretiert. Auffallend ist jedoch, dass keineswegs nur radikal-»neolibrale« oder elitär-libertäre Positionen mit Deutungsmustern aus dem klassischen Arsenal der Abwertungsrhetorik kokettieren, sondern dass sich solche Argumentationsmuster auch bei einem kapitalismuskritischen und in sozialen Bewegungen aktiven Autor wie Stephan Lessenich finden lassen.

Die These der Wiederkehr von Deutungsmustern aus dem 19. Jahrhundert griffe zu kurz, würde sie lediglich als *kontingente* Rückkehr vergangener Diskurse gefasst. Als zentral erweist sich daher die Frage nach den sozialen und politischen Bedingungen, unter denen die traditionelle Abwertung des »Pöbels« eine Renaissance erleben konnte. Einen Hinweis gibt hier die – von Stephan Lessenich als nostalgisch zurückgewiesene⁶¹ – Postdemokratie-

61 Ebd., S. 11.

diagnose Colin Crouches.⁶² Crouches Ansatz erweist sich für die Erklärung der Rückkehr des »Blicks nach unten« deshalb als fruchtbar, weil er den von ihm kritisierten aktuellen Zustand liberal-demokratischer Gesellschaften mit jener Epoche parallelisiert, in der sich seit dem 19. Jahrhundert ihr langsamer Aufstieg vollzogen habe.⁶³ Dem in einer geometrischen Metapher als Auf- und Abstieg der Demokratie gefassten Prozess entspricht demzufolge der Prozess des Auf- und Abstiegs der (traditionellen) Industriearbeiterklasse – und ihrer Institutionen und Organisationen. Diese hatten die Industriearbeiterklasse insbesondere im 20. Jahrhundert zu einem politisch einflussreichen Akteur werden lassen, dem es zugleich gelungen war, wesentliche Elemente sozialer Demokratie in den politischen Demokratien der Nachkriegszeit zu verankern.⁶⁴

Mit dem Niedergang der traditionellen Arbeiterklasse, der Schleifung des »eingebetteten Liberalismus«⁶⁵ im Zuge des Zusammenbruchs von »Bretton Woods«, kam es auch zu einer Rücknahme bisheriger Einschränkungen im Eigentumsrecht (etwa Kapitalverkehrskontrollen). Sie waren (auch) zur Abwehr weiterreichender Forderungen »von unten« zugestanden worden. In der Folge haben sich die Machtverhältnisse zwischen Arbeit und Kapital zugunsten des Kapitals verschoben. Zugleich birgt die erneute Entstehung vielfach fragmentierter und in weiten Teilen nicht organisierter sozialer Klassenlagen Gefährdungen, die in manchem an das explosive Gemisch erinnern, das im 19. Jahrhundert zu ständigen Unruhen führte. Der neue Pöbeldiskurs lässt sich in diesem Zusammenhang auch als Symptom der Unfähigkeit und/oder des Unwillens deuten, im Gegenwartskapitalismus gesellschaftliche Kohäsion herzustellen. Gleichzeitig ist ein verbindendes politisches und gesellschaftliches Gegenmodell nicht in Sicht. Auch wenn

62 Vgl. Crouch 2008.

63 Crouch (ebd., S. 10) führt wie folgt aus, was er unter liberaler Demokratie versteht: »Bei diesem Konzept der Demokratie stehen folgende Aspekte im Vordergrund: die Wahlbeteiligung als wichtigster Modus der Partizipation der Massen, große Spielräume für Lobbyisten – wobei darunter vor allem die Lobbyisten der Wirtschaft verstanden werden – und eine Form der Politik, die auf Interventionen in die kapitalistische Ökonomie möglichst weitgehend verzichtet.«

64 Eine systematische Auseinandersetzung mit Ähnlichkeiten und Unterschieden zwischen »Prä-« und »Postdemokratie« bleibt Crouch jedoch schuldig. Wie viele Zeitdiagnosen richtet sich sein Interesse vorrangig auf jenen Übergang vom klassischen Wohlfahrtsstaat zum »Neoliberalismus«.

65 Vgl. Schäfer, Zürn 2021. Wolfgang Streeck spricht in seinem neuen Buch von einer »allmähliche[n] Aushöhlung des Standard-Demokratiemodells der Nachkriegszeit seit dem Ende der 1970er Jahre« sowie von einer »endgültigen Auflösung des Standardmodells [...] mit der Phase der beschleunigten Globalisierung in den 1990er Jahren« mit der Folge einer »liberal[en] Involution der kapitalistischen Demokratie« (Streeck 2021, S. 117–118).

allzu rasche Kurzschlüsse zwischen Deklassierungserfahrungen und dem Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen mit Vorsicht zu genießen sind, besteht eine reale Gefahr, dass es diesen Kräften zunehmend gelingen könnte, den sozialen Unmut in der »Abstiegs gesellschaft«⁶⁶ partikularistisch zu binden. Sollte dies geschehen, rückt die Aussicht auf die Verwirklichung sozialer Demokratie in ähnlich weite Ferne wie die Aussicht auf einen erneuerten solidarischen Internationalismus.

Literatur

- Beck, Ulrich 2007. *Was ist Globalisierung?* Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Blühdorn, Ingolfur 2020. »Demokratie der Nicht-Nachhaltigkeit: Begehung eines umweltsoziologischen Minenfeldes«, in *Ingolfur Blühdorn: Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit: Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet*, S. 287–327. Bielefeld: transcript.
- Brennan, Jason 2018. *Gegen Demokratie. Warum wir die Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen.* Berlin: Ullstein.
- Buchstein, Hubertus; Seubert, Sandra 2016. »John Stuart Mill und der Sozialismus«, in *John Stuart Mill: Über Sozialismus*, hrsg. v. Buchstein, Hubertus; Seubert, Sandra, S. 123–174. Hamburg: Europäische Verlagsgesellschaft.
- Crouch, Colin 2008. *Postdemokratie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Daniel, Ute 2020. *Postheroische Demokratiegeschichte*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Eberl, Oliver 2021. *Naturzustand und Barbarei. Begründung und Kritik staatlicher Ordnung im Zeichen des Kolonialismus*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Inglehart, Ronald 1977. *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald 1989. *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Krall, Markus 2020. *Die bürgerliche Revolution. Wie wir unsere Freiheit und unsere Werte erhalten*. Stuttgart: LangenMüller.
- Lessenich, Stephan 2018. *Neben uns die Sintflut. Wie wir auf Kosten anderer leben*. Lizenzausgabe, aktualisierte und überarbeitete Taschenbuchausgabe. München: Piper.
- Lessenich, Stephan 2019. *Grenzen der Demokratie: Teilhabe als Verteilungsproblem*. Stuttgart: Reclam.
- Levitsky, Steven; Ziblatt, Daniel 2018. *Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können*. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Manow, Philip 2020. *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay*. 1. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- McCabe, Helen 2021. *John Stuart Mill: Socialist*. Montreal, Kinston: McGill-Queen's University Press.
- Merkel, Wolfgang; Kneip, Sascha; Weßels, Bernhard 2020. »Zusammenfassung und Ausblick: Die neue Zerbrechlichkeit der Demokratie«, in *Legitimitätsprobleme. Zur Lage der Demokratie in Deutschland*, hrsg. v. Kneip, Sascha; Merkel, Wolfgang; Weßels, Bernhard, S. 389–407. Wiesbaden: Springer VS.
- Mill, John Stuart 2013 a. »Autobiographie (1873)«, in *Gesammelte Werke*, hrsg. v. Schmidt, Hans Jörg, S. 23–230. Hamburg: Murmann.
- Mill, John Stuart 2013 b. *Betrachtungen über die Repräsentativregierung*, hrsg. v. Buchstein, Hubertus; Seubert, Sandra. Berlin: Suhrkamp.
- Nachtwey, Oliver 2016. *Die Abstiegs gesellschaft: Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.

66 Vgl. Nachtwey 2016.

- Norris, Pippa; Inglehart, Ronald 2019. *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and the Rise of Authoritarian-populism*. New York: Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam 2020. *Krisen der Demokratie*. Berlin: Suhrkamp.
- Richter, Hedwig 2020. *Demokratie: Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. München: C. H. Beck.
- Schäfer, Armin; Zürn, Michael 2021. *Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Streeck, Wolfgang 2021. *Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Tocqueville, Alexis de 1958. »Journey to England (1833)«, in *Journeys to England and Ireland*, hrsg. v. Mayer, Jacob P., S. 42–74. New Heaven: Yale University Press.
- Tocqueville, Alexis de 1976. *Über die Demokratie in Amerika*, hrsg. v. Mayer, Jacob P.; Eschenburg, Theodor. Vollständige Ausgabe. München: dtv.
- Widder, Roman 2020. »Vom Pöbel zum Populismus«, in *Merkur* 859, 12/2020, S. 5–17.

Zusammenfassung: Gegenwärtige Diagnosen einer Krise der Demokratie gehen einher mit einem »Blick nach unten«. Bereits im 19. Jahrhundert formulierten liberale Denker institutionelle Vorkehrungen gegen den »Pöbel«. Auffallend am gegenwärtigen Abwertungsdiskurs ist, dass sich die Wiederkehr des »Blicks nach unten« nicht auf libertäre oder liberalkonservative Konzepte beschränkt, sondern auch progressive Ansätze umfasst.

Stichworte: »Blick nach unten«, Pöbel, Demokratie, Liberalismus, soziale Demokratie, Ideengeschichte

The Crisis of Democracy and the »Look Downwards«

Summary: Current diagnoses of a crisis of democracy go hand in hand with »looking down«. Already in the 19th century, liberal thinkers formulated institutional precautions against the »rabble«. What is striking about the current devaluation discourse is that the return of »looking down« is not limited to libertarian or liberal-conservative concepts, but is also included in progressive approaches.

Keywords: »look down«, rabble, democracy, liberalism, social democracy, history of ideas

Autoren

Oliver Eberl
Leibniz Universität Hannover
Institut für Politikwissenschaft
Schneiderberg 50
30167 Hannover
Deutschland
o.eberl@ipw.uni-hannover.de

Dirk Jörke
TU Darmstadt
Institut für Politikwissenschaft
Landwehrstraße 50A
64293 Darmstadt
Deutschland
joerke@pg.tu-darmstadt.de

David Salomon
TU Darmstadt
Institut für Politikwissenschaft
Landwehrstraße 50A
64293 Darmstadt
Deutschland
salomon@pg.tu-darmstadt.de